

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage **Lesen, Wissen, Kunst** sowie der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließlich **Dringender** monatlich 30 Pf.
Durch die Post bezogen **vierteljährlich** M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. **Erhalten** tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. **Werbeanzeigen** 20 Pf. Inserats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 162.

Dresden, Sonnabend den 17. Juli 1909.

20. Jahrg.

Parteienoffen!

Nach einer Session erbitterter Kämpfe und volksfeindlicher Beschlüsse ist der Reichstag am 13. Juli 1909 geschlossen worden, im Augenblick, wo der gigantische Raubzug auf die Taschen des Volkes vollendet und gerade zu einer Zeit, wo die Verwirrung auf dem Gebiete der inneren Politik des Reiches ihren Höhepunkt erreicht hatte. Der schmähliche Zusammenbruch der konterbatio-liberalen „Blockpolitik“ führte den Sturz des Reichskanzlers herbei, dessen Nachfolger noch unbekannt war, als man die Volksvertretung nach Hause schickte. Wie wenn die Auswähl und Ernennung des einzigen nach der Reichsverfassung verantwortlichen Beamten den Reichstag und das ganze Volk eigentlich nichts angehe, so entfernte man die wüßigen Zuschauer bei diesem Spiel.

Der Absolutismus trampft wieder auf, und dieser Schluß des Reichstags vor dem Kanarienvogel ist die Antwort auf die Novembertage des Jahres 1908, wo unter dem langjüngenden Druck drohender auswärtiger Verwicklungen auch die bürgerlichen Parteien des Reichstags den Mut zu einer Demonstration gegen die selbstherrlichen Manieren Wilhelms II. aufgebracht hatten.

Fruchtlos blieb der Appell der Sozialdemokratie an die Volksvertretung, sich durch sonstiges kraftvolles Eingreifen die Machtbefugnisse zu sichern, die den Gefahren des halbabsolutistischen Regierungssystems ein Ende hätten bereiten können. Nicht einmal der Vorschlag, die Beratung der Finanzreform erst vorzunehmen, nachdem ernsthaft konstitutionelle Garantien von der Regierung zugesprochen waren, fand bei den bürgerlichen Parteien Gehör: selbst liberalen Abgeordneten erschien das als „Pressepolitik“!

Parteienoffen!

Die Geschichte weiß kein Beispiel zu nennen, daß einem schon mit 1200 Millionen Mark indirekter Steuern jährlich belasteten Volke mit einem Schlage 400 Millionen Mark neuer Steuern derselben Art aufgezogen wurden. Mehr als 30 M. jährlich beträgt durchschnittlich die **Wohlfahrtslast** für eine einzige Arbeiterfamilie. Und das in einer Zeit wachsender verbrechischer Steigerung aller Lebensmittelpreise! In einer Zeit enormer Arbeitslosigkeit! Und wofür diese neue Belastung! Woher die „Finanznot“ des Reiches? Das wuchernde Betrübnis, insbesondere die fieberhafte Betreibung des Flottenbaues, die unflare und gefährliche Weltmachtpolitik haben die Reichsfinanzen zertrümmert und in der zwanzigjährigen Regierungszeit Wilhelms II. die Verschuldung des Reiches auf 4500 Millionen Mark emporgetrieben. **Militarismus, Marinismus und koloniale Abenteuer** zerfressen das Mark des Volkes.

Niemand kann bestreiten, daß sich Deutschland, wie die anderen Länder, an diesem unflinigen Wettrennen verbluten muß, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird. Aber für eine Einschränkung der Rüstungen auf Grund internationaler Verständigung zur Sicherung des Weltfriedens waren weder die Reichsregierung noch die bürgerlichen Parteien zu gewinnen, gemeinsam wiesen sie alle darauf zielenden Anträge und Anregungen der Sozialdemokratie ab. Und doch reichen auch die neuen Mittel zur Sättigung des Volkes nicht aus. Heute 600 Millionen Mark neuer Steuern — und in wenigen Jahren wieder eine gleiche Schröpfung!

Nicht nur die Höhe der neuen Belastung, sondern vor allem auch die **Lastenverteilung** und die **Durchführung des Raubzuges** müssen die Empörung des Volkes erregen.

400 Millionen indirekte Steuern — 100 Millionen Besteuerungen — das war das Programm, mit dem der Blockkanzler und sein Gehilfe Sydow vor das Parlament traten. Und diesem Programm beispielloser Ungerechtigkeit stimmten in seinen Grundzügen zunächst alle bürgerlichen Parteien zu; nur die Sozialdemokratie kennzeichnete es von Anfang an als das, was es war:

eine schamlose Plünderung der Massen!

Erst allmählich, als die Junker immer unerschöner ihre Abneigung gegen eine Erbschaftsteuer aus Furcht vor der Aufdeckung jahrzehntelangen Steuerschwindels kundtaten; als sie immer lauter den Grundbesitz verkündeten, der aus allgemeinem Wahlrecht hervorgehende Reichstag dürfe und solle kein Verfügungsrecht über den Geldsack der Reichen durch eine direkte Besitzsteuer gewinnen; als sie endlich sich anschickten, auch die Gelegenheit dieser Finanzreform nicht vorübergehen zu lassen, ohne sich durch **Liedesgaben** Millionen-gewinne in die eigenen Taschen zu leisten; da wurde der Zusammenhalt des Blockes brüchig. Die Konterbatio-liberalen trieben den Konflikt entschlossen auf die Spitze, weil sie mit dem Bloch die Regierung stürzen wollten, die gewagt hatte, auch nur die Möglichkeit der

Reform des preussischen Wahlrechts

in der Thronrede anzudeuten. Das Zentrum nutzte die langersehnte Gelegenheit aus, um als Partner des Bundesrats wieder an der Herrschaft teilzunehmen. Im Bunde mit Junkern, Polen und

Antifemiten zertrümmerte es die Geschäftsordnung des Reichstages und verstrickte sich immer tiefer in eine volksverräterische Politik.

Das Steuerbuhett der Reaktionäre ist ein Verbrechen am Volke.

Der letzte Rest einer allgemeinen Besitzsteuer, die doch die Regierung in endlosen Wiederholungen als unerlässliche Vorbedingung für ihre Zustimmung erklärt hatte, ist aus ihm ausgegilt, 600 Millionen sind in Form von **Verzehr- und Verkehrssteuern** über das Volk verhängt worden. **Bier, Tabak, Branntwein, Kaffee, Tee, Fäudhölzer** und **Belastungskörper** sollen 310 Millionen Mark bringen, mit 112 Millionen wird der Verkehr schikanös belastet, die unsinnige **Jahreskartensteuer** bleibt bestehen, die **Zuckersteuer** wird nicht ermäßigt. Dabei aber werden die **Schnapsliebhaber** der Fiskusunterverwirrt; 45 Millionen Mark wandern dadurch jährlich in die Taschen einer Handvoll geistlicher Beutepolitiker.

Die Entscheidung über die Gestaltung der sogenannten „Finanzreform“ fiel schon in der zweiten Lesung. Mit knapper Mehrheit brachten Konervative, Zentrum und Polen, unterstützt durch einige Freikonservative, Antifemiten und Verpöngte aus der nationalliberalen Partei, die zu einer Erbschaftsteuer von der Regierung selbst abgeschwächte Erbschaftsteuer zu Fall. Für die Erbschaftsteuer hat auch die Sozialdemokratie gestimmt, um ihr grundsätzliches Eintreten für direkte Steuern auch bei dieser Gelegenheit zu betonen: ihre endgültige Stellungnahme in dritter Lesung wäre selbstverständlich von der allgemeinen Gestaltung der politischen Lage abhängig gewesen; aber zu einer solchen Entscheidung kam es nicht mehr, da mit der Ablehnung in der zweiten Lesung die Erbschaftsteuer aus den Verhandlungen völlig ausgeschaltet war.

Ohne Rücksicht auf das Schicksal Zehntausender von Arbeitern, die durch diese Gesetze **hinfällig gemacht** werden, unbeirrt durch die jammervolle Not des Volkes, unbefragt um die schweren Schädigungen von Handel und Wandel, setzten die Junker und die Pfaffen ihren Willen durch: mit harter Faust zwangen sie die Regierungen nieder, deren Vertreter sich bei der noch form und Inhalt verwerflichen Gesetzesfabrikation der letzten Wochen bis zur

persönlichen Würdelosigkeit

vor den neuen Herren demütigten.

Die Frauen des Volkes leiden in erster Linie unter der beispiellosen Erschwerung der Lebenshaltung des Proletariats infolge der neuen Steuergeetze; sie sehen ihre Lieben darben, ihre Kinder verkommen; sie können der Not nicht ausweichen. Sie müssen erkennen lernen, daß nur die Erweckung des Volkes, der gemeinsame politische und gewerkschaftliche Kampf von Mann und Weib gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine Wandlung herbeiführen kann.

Die Furcht vor dem Zorn des Volkes hat die Regierung von dem

Appell an die Wähler

abgehalten. Aber **aufgeschoben ist nicht aufgehoben!**

Wenn heute die Regierung und die neue Mehrheit auf die Geduld und Bergeshlichkeit der Massen spekulieren, dann wird der Tag der nächsten Wahl ihnen zeigen, daß sie falsch gerechnet haben. Nur um so gewaltiger wird die zurückgedrängte Energie des Massenwillens sich in dem Entschlusse Luft machen,

aufzuräumen mit den Volksverrätern und Volkszertretern!

Nicht zur Verteidigung,

zum Angriff

rufen wir das Volk der Arbeit auf: die politische Erregung, die jetzt durch das ganze Volk zittert, muß geschürt, die Blut der Entrüstung zur hellen Flamme angefacht werden.

Vortwärts zu weiterem Kampf für Wohlfahrt und Freiheit des Volkes; für die Befreiung des Proletariats!

Gegen die Brotwucherer und Schnapsstipendiaten, gegen die Flustertlinge und Volksverräter!

Zu Hunderttausenden müssen die Streiter herbeiströmen und Schulter an Schulter mit uns kämpfen!

Nieder mit den Volksbedrückern und Freiheitsfeinden! Nieder mit dem völkerverfälschenden Militarismus!

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Berlin, 17. Juli 1909.

Der Parteivorstand.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.